

Tarifauseinandersetzung 1990 -

**Mehr Einkommen, mehr Arbeitsplätze,
mehr Menschlichkeit**

Dr. Klaus Lang, geb. 1943 in Iglau/CSSR, Studium der Theologie und Psychologie in Graz, Bonn und Wien, war von 1976 bis 1979 zunächst Mitarbeiter und dann stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsreferats im Bundesministerium für Forschung und Technologie und von 1979 bis 1981 Leiter der Pressestelle beim Vorstand der IG Metall. Seit 1981 ist er dort Leiter der Tarifaufteilung.

Seit fast vier Monaten verhandeln die Tarifvertragsparteien in der Metallindustrie um höhere Einkommen und die 35-Stunden-Woche, das freie Wochenende und familienfreundliche Arbeitszeiten, weniger Überstunden und weniger Leistungsdruck. Die Entwicklung in Osteuropa, vor allem aber die Diskussion über den Weg zur deutschen Einheit haben diese Auseinandersetzung in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit fast völlig in den Hintergrund

gedrängt - und dies, obwohl gerade auch der Ausgang dieser Tarifauseinandersetzung mit darüber entscheidet, welche Durchsetzungsmacht Gewerkschaften in einem künftigen gemeinsamen Deutschland haben und wie eine Sozialunion konkret aussehen wird.

Zeit für eine soziale Offensive

Die einkommens- und arbeitszeitpolitischen Forderungen der IG Metall sind aktueller denn je. Es geht nicht nur um die 35-Stunden-Woche, sondern auch um eine soziale und humane Verteilung und Gestaltung der Arbeitszeit, um familienfreundliche Arbeitszeiten, weniger Überstunden und mehr Mitbestimmung bei der Personalbemessung.

Nicht nur die 35-Stunden-Woche, sondern das gesamte Forderungspaket trägt diesen Zielen Rechnung: mehr Arbeitsplätze, mehr Freizeit, mehr Menschlichkeit, mehr Einkommen. Diese Forderungen der IG Metall passen in eine Zeit,

- in der die Verteilungsgerechtigkeit zu und die Arbeitslosigkeit nicht abnimmt,
- in der immer mehr Menschen nicht nur mehr Geld, sondern vor allem Lebensqualität und Freizeit wollen,
- in der mehr Zeit für Familie, Partner, Freunde und Kinder wieder großgeschrieben wird
- in der das Gesundheits- und Umweltbewußtsein der Menschen und das Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen aktiv zu gestalten, zunehmen.

Die Qualität des Lebens muß gerade in den neunziger Jahren mehr denn je Vorrang haben vor der bloßen Quantität des Wachstums. Gewerkschaftliche Arbeitszeitpolitik richtet sich auch gegen Arbeitszeiten und Arbeitsintensität nach dem Diktat einer Hochgeschwindigkeits-Gesellschaft.

Für die IG Metall ist und bleiben somit die hohe und wieder steigende Massenarbeitslosigkeit und die wachsende Verteilungsgerechtigkeit, der enorme Leistungsdruck in den Betrieben und der drohende Marsch in eine Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft die Gründe für ihr Forderungspaket.

Die Gewinnsituation in der Gesamtwirtschaft und vor allem in der Metallindustrie ist der ökonomische Rahmen, der eine soziale Offensive, eine verteilungspolitische Wende für mehr Arbeitsplätze und mehr soziale Gerechtigkeit nicht nur ermöglicht, sondern zwingend macht.

Tarifauseinandersetzung und DDR

Die Entwicklung in der DDR und der Weg zur neuen politischen Einheit Deutschlands wurden von den Metallarbeitgebern von Anfang an als Argument gegen die 35-Stunden-Woche und deutlich höhere Einkommen mißbraucht. Stillstands- und Verzichtsparolen, 1984 mit der „Gefahr aus dem Osten“ (Japan) und 1988 mit der Vollendung des europäischen Binnenmarktes begründet, werden jetzt mit der aktuellen politischen Entwicklung zwischen den beiden deutschen Staaten in Zusammenhang gebracht.

Dabei unterstreicht gerade diese Entwicklung, wie notwendig und gleichzeitig wie machbar die gewerkschaftlichen Forderungen sind. Es wird allzu leicht verdrängt, daß wir nach wie vor über zwei Millionen registrierte Arbeitslose haben, zusammen mit der „stillen Reserve“ sogar über drei Millionen. Hinzu sind allein 1989 über 700000 Aus- und Übersiedler gekommen, die sich auch in höheren Arbeitslosenzahlen niederschlagen werden. Selbst der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Professor Karl Schneider, kam angesichts dieser Situation Ende 1989 nicht umhin, weitere Arbeitszeitverkürzungen als beschäftigungspolitisches Instrument für sinnvoll zu halten. 1990 scheint zwar der Übersiedlerstrom gestoppt. Die Verwirklichung der deutschen Einheit, die Umgestaltung der Wirtschaft in der heutigen DDR werden allerdings mit Sicherheit zu höheren Unternehmergewinnen führen und drohen höhere Arbeitslosigkeit nach sich zu ziehen. Welcher Abbau an sozialen Leistungen für DDR-Übersiedler in den kommenden Wochen und Monaten - entgegen allen früheren Zielsetzungen konservativer Politik - auch immer betrieben werden mag, auch vor der politischen Einheit wird es in den beiden deutschen Staaten einen Arbeitsmarkt geben. Steigende Arbeitslosigkeit in der DDR wird also Rückwirkungen haben auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland. Dies unterstreicht die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung, in der Bundesrepublik für die 35-Stunden-Woche, in der DDR zunächst für die rasche Verwirklichung der 40-Stunden-Woche.

Im Hinblick auf die Gewinnsituation werden die gewerkschaftlichen Prognosen von vor wenigen Wochen jetzt eindrucksvoll durch die Forschungsinstitute, den Weltwirtschaftsgipfel und EG-Institutionen bestätigt. Der Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion soll zu höherem Wachstum und wird mit Sicherheit zu höheren Gewinnen für die Unternehmen, insbesondere in der Metallwirtschaft führen. Kein Grund also, mit Arbeitszeit- und Einkommensforderungen zurückhaltend zu sein, im Gegenteil.

Die konservative „Allianz für Deutschland“ hat im DDR-Wahlkampf mit den kurzen Arbeitszeiten und den hohen Löhnen und Gehältern in der Bundesrepublik geworben. Sie hat natürlich unterschlagen, daß dies nicht Erfolge der Regierung Kohl, sondern gewerkschaftliche Errungenschaften sind, die in unserem Wirtschaftssystem nur durch starke konfliktorientierte Einheitsgewerkschaften durchsetzbar waren und sind. Das muß für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften Ermunterung und Bestätigung sein, weiterhin für tarif politische Erfolge zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu kämpfen.

Die Metallarbeitgeber- Rückschritt als Programm

Die IG Metall wollte „vorgezogene Verhandlungen“, fast drei Monate vor Auslaufen der alten Tarifverträge, um die Chancen für eine Lösung am Verhandlungstisch zu verbessern. Sie hat gleichzeitig ihre Kompromißbereitschaft gezeigt, nicht im Ziel, aber im zeitlichen Weg zur 35-Stunden-Woche.

Die Arbeitgeber haben sich in den über 80 Verhandlungsterminen in den wesentlichen Punkten nahezu nicht bewegt, im Gegenteil, durch ihr Paket von „Gegenforderungen“ den Konflikt zusätzlich verschärft. Man muß es schwarz auf weiß gesehen haben, um wirklich glauben zu können, was die Metallarbeitgeber 1990 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Metallindustrie zumuten wollen:

- die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche,
- die Durchlöcherung des Tarifvertragssystems mit dem Vorrang für Einzelarbeitsverträge,
- den Samstag als Regelarbeitstag,
- eine tägliche Regelarbeitszeit von bis zu 10 Stunden und eine wöchentliche Regelarbeitszeit von bis zu 60 Stunden,
- Ausgleichszeiträume von mehreren Jahren
- und den Abbau von Mitbestimmungsrechten bei der Verteilung der Arbeitszeit.

Hundert Jahre 1. Mai sind für die Metallarbeitgeber wohl der Anlaß, die unumschränkte Arbeitszeitherrschaft im Betrieb anstelle des sozialen Ausgleichs durchsetzen zu wollen. Mehr noch: Das Tarifvertragssystem soll durchlöchert werden, individuelle Konkurrenz statt Solidarität für allgemein geltende Mindestbedingungen sollen in Zukunft bei der Vereinbarung von Arbeits- und Entlohnungsbedingungen Gültigkeit haben.

Die konkreten Gegenforderungen der Metallarbeitgeber unter der Regie von Gesamtmetall gelten zunächst für die Tarifaueinandersetzung 1990. Mit deren politischem Hintergrund, der Grundhaltung, die hinter diesen Forderungen steckt, werden die Gewerkschaften aber auch noch in den nächsten Jahren zu tun haben, vor allem, wenn die Entwicklung im europäischen Binnenmarkt und der Weg zur deutschen Einheit Deregulierung der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen erleichtern und befördern. In Verbindung mit politischen Vorstößen und rechtswissenschaftlichen Diskussionen wird die grundsätzliche Dimension der aktuellen Auseinandersetzung deutlich: Die Tarifautonomie soll aufgelockert und eingeschränkt, der Einzelarbeitsvertrag und die Betriebsvereinbarung sollen - entgegen dem heute geltenden Verfassungsrecht - zumindest gleichberechtigt neben dem Tarifvertrag treten, ja sogar ihm gegenüber Vorrang bekommen.

In dieser Auseinandersetzung geht es also nicht nur um die 35-Stunden-Woche und höhere Einkommen, um die Sicherung des freien Wochenendes und weniger Leistungsdruck, sondern auch um die Verteidigung der Tarifautonomie, um den verbindlichen Schutz- und Gestaltungscharakter von Tarifverträgen für die Arbeits- und Lebensbedingungen.

Nur Druck schafft Bewegung

Am 28. April 1990 endet für die Metallindustrie die Friedenspflicht. Dann wird die IG Metall in allen Regionen dazu aufrufen, daß Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr gutes Recht in Form von massiven Warnstreiks wahrnehmen. Diese Warnstreiks sollen Druck machen, um die Metallarbeitgeber doch noch zu einer Lösung am Verhandlungstisch zu bewegen. Allerdings verlangt dies, daß Gesamtmetall und die regionalen Arbeitgeberverbände der Metallindustrie ihre Kompromißbereitschaft in den zentralen Fragen spätestens in den bis dahin erfolgten Verhandlungsterminen zu erkennen geben. Sonst droht das Scheitern der Verhandlungen unausweichlich zu werden. Schon jetzt führt das Arbeitgeberverhalten zu zunehmenden Protest in den Betrieben, zur Verringerung und Verweigerung von Überstunden, zu spontanen Aktionen und zur kollektiven Wahrnehmung der Informationsrechte durch die Belegschaften.

Die IG Metall wird und muß in allen Tarif gebieten die konkreten Vorbereitungen auf einen möglichen Streik und die Abwehr sowie die Bewältigung der Aussperrung unter dem Kreuz des geänderten Paragraphen 116 AFG vorantreiben und zum Abschluß bringen.

Dazu gehört zum ersten eine neue Flexibilität in den Streikformen, um nachhaltig Druck auf die Metallarbeitgeber erzeugen zu können. Das verlangt zum anderen eine gewerkschaftliche und gesellschaftliche Kampagne zur Ächtung der Aussperrung in der Öffentlichkeit und zur Solidarität mit den Aussperrungsopfern. Und das erfordert schließlich eine sehr detaillierte betriebliche Vorbereitung von Gegenmaßnahmen bei Aussperrung. Sie muß

wirksam werden, solange die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch in den Betrieben sind, zum Beispiel durch Aktivitäten des Betriebsrates gegenüber der Geschäftsleitung und durch ordentliche sowie zusätzliche Betriebsversammlungen, auf denen die Aussperrung zum Thema gemacht wird. Die Aussperrer haben Namen. Der Kampf gegen Aussperrung ist mit konkretem Gegnerbezug in den Betrieben und in der Öffentlichkeit zu führen.

Die IG Metall wird, wenn möglich, einen Streik vermeiden. Wir scheuen aber den Streik auch nicht, wenn anders die 35-Stunden-Woche und ein insgesamt annehmbarer Tarifkompromiß nicht zu erreichen sind.

Die wirtschaftliche Situation ist günstiger denn je, um qualitative und quantitative Tarifforderungen, um eine Umverteilung von Arbeit und Einkommen durchzusetzen. Der gesellschaftliche Zuspruch zu den gewerkschaftlichen Arbeitszeitforderungen, und zwar sowohl zu kürzeren Arbeitszeiten als auch zur Sicherung des freien Wochenendes, ist höher - der Wunsch der Menschen nach besserer Arbeits-, Umwelt- und Lebensqualität deutlicher denn je. Jene, die 1990 vielleicht eine reine Lohn- und Gehaltsrunde für die Beschäftigten in der Metallindustrie programmieren wollen, würden schon morgen die Gewerkschaften und insbesondere die IG Metall als einfallslose „Lohnmaschinen“ beschimpfen. Für uns ist das Jahr 1990 der Zeitpunkt, den endgültigen Durchbruch qualitativer Tarifpolitik in der Arbeitszeitfrage zur 35-Stunden-Woche, zu weniger Überstunden und für das gesicherte freie Wochenende zu erzielen. Vom Erfolg in dieser Frage wird mit abhängen, welche neuen Felder qualitativer Tarifpolitik wir in den neunziger Jahren jenseits von Einkommen und Arbeitszeit innerhalb eines neuen deutschen Gesamtstaates mit Erfolg werden angehen können.